

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Kritik und Identität: Nationalsozialismus, Alltag und Geographie

Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1986) : Kritik und Identität: Nationalsozialismus, Alltag und Geographie, Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, ISSN 0177-6738, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, Vol. 33, Iss. 10, pp. 890-897

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112534>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Kritik und Identität

Nationalsozialismus, Alltag und Geographie

Dr. Jürgen Kocka, Jahrgang 1941, ist Professor für Geschichte, bes. Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld. Veröffentlichungen: zahlreiche Bücher und Artikel zur deutschen und amerikanischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seit dem 18. Jahrhundert sowie zur Theorie der Geschichte.

„Wozu noch Geschichte?“ So oder so ähnlich fragten in den 60er und 70er Jahren viele Diskussionen, Essays und Reden, die dann gegen den dominierenden geschichtsskeptischen Zeitgeist gute Argumente dafür brachten, daß die Beschäftigung mit der Geschichte in Schule und Öffentlichkeit unverzichtbar sei, nicht weiter reduziert werden dürfe und wieder gestärkt werden solle. Heute scheint es weder praktisch notwendig noch intellektuell spannend, solche Argumentationen vorzutragen. Zu leicht würde man Selbstverständliches sagen. Der Nutzen der Historie für das Leben braucht derzeit nicht eigens betont zu werden.

Historische Ausstellungen erfreuen sich großer Publikumsgunst. Der Bund, die Länder und die Gemeinden haben Geld für historische Museen. In renommierten Taschenbuchreihen florieren „Historische Bibliotheken“. Kulturhistorisches verkauft sich gut, die Nachfrage nach Soziologie ist gesunken. Alternative Bewegungen versuchen, ihre gegenwartskritische Identität durch Umgang mit der Geschichte zu schaffen — wie sie sie verstehen. Prominente Historiker schreiben Leitartikel in vielgelesenen Zeitungen. Kontroversen um historische Themen stehen im Zentrum grundsätzlicher intellektueller Auseinandersetzungen von Sozialwissenschaftlern (wie Habermas), Journalisten (wie Fest) und Historikern (wie Nolte). Derzeit besteht kein Mangel an historischem Interesse. Es unsinnig, über Geschichtsvergessenheit zu klagen. Die Relevanz der Geschichte muß nicht mehr besonders bewiesen werden.

Traditionssuche

Und wer doch über den Nutzen der Historie für das Leben oder die gesellschaftlich-praktischen Funktionen der Geschichtswissenschaft für die Gegenwart reflektiert, betont nicht mehr primär, wie

noch vor ein bis zwei Jahrzehnten, Aufklärung, Kritik und Emanzipation als zentrale Leistungen der Geschichte, sondern eher: Erinnerung, Identitätsfindung oder gar Sinnstiftung. „Geschichte und Identität“ nennt Emil Angehrn sein umfangreiches, kürzlich veröffentlichtes Buch. Um die Notwendigkeit starker regionaler Identität durch historische Vergewisserung geht es im bisher letzten der vielen Vorträge, die Hermann Lübke dem Thema gewidmet hat („Die Gegenwart der Vergangenheit“ = Heft 14 der „Vorträge der Oldenburgischen Landschaft“). Als der Bundeskanzler begründete, warum er der Stadt Berlin ein Deutsches Historisches Museum zum 750. Geburtstag zu schenken gedanke, sprach er ebenfalls nicht von der historischen Kritik und der emanzipatorischen Perspektive, die in diesem Haus zu pflegen sein würden, wohl aber von der Identität der Deutschen in Europa, dieses zu stärken gelte. Zustimmungsfähige Vergangenheit ist gewünscht, weit akzeptierte und konsensstiftende Tradition. Denn, wie Michael Stürmer kürzlich schrieb, „in geschichtslosem Land“ (das die Bundesrepublik angeblich darstellt) gewinnt die Zukunft, „wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“ (Das Parlament, 17.—24. Mai 1986). Und er sieht die Geschichtswissenschaft auf der „Gratwanderung zwischen Sinnstiftung und Entmythologisierung“ (Dissonanzen des Fortschritts, München 1986, S. 12). — Das Lager der Alltagshistoriker und Geschichtswerkstätten ist heterogen, aber auch da geht es weniger um Kritik als um Identität — um Identität in der Region oder im Stadtteil. „Schwierigkeiten beim Entdecken der Heimat“ nannte sich kürzlich ein Heft der Zeitschrift „Geschichtswerkstatt“. „Der Wunsch nach Geborgenheit und Sicherheit ist nicht per se reaktionär. . .“

Im Wunsch nach eingängiger, erzählter Geschichte und in der Skepsis gegenüber analytisch-begrifflicher, theoriehaltiger Struktur- und Prozeßgeschichte sind sich die neokonservativen Identitätssucher und die an den vergangenen Welten der kleinen Leute von unten und innen interessierten „Barfußhistoriker“ im Grundsatz einig — so wenig sie sich im übrigen zur Kenntnis nehmen und so sehr sie sich nach politischen Zielen unterscheiden.

Dieses neue Interesse an Geschichte als Tradition hat sicher vielerlei Ursachen. Aber zu kurz greift, wer es nur der (ohnehin nur halbherzigen) „Wende“ im politischen Bereich zuschrieb. Auch reicht es wohl nicht, auf die unbestreitbaren Vermittlungsschwierigkeiten zu verweisen, die eine analytisch orientierte, reflexive Gesellschaftsgeschichte mit

ihrer Betonung von Strukturen und Prozessen zweifellos hat: sie ist oftmals sperrig, geht in flotter Erzählung nicht auf und steht so ihrer breiten Wirkung im Wege. Vielmehr hat dieses neue Interesse an Geschichte als identitätsstiftender Tradition auch mit einem grundsätzlichen Stimmungsumschlag zu tun, der sicher nicht auf die Minderheit der sich einschlägig äußernden Intellektuellen beschränkt ist.

Das Gefühl, von verkrusteten Verhältnissen umstellt zu sein, sich an ihnen zu reiben und mehr Wandel zum Zweck von mehr Vernunft und Freiheit zu benötigen (und auch erreichen zu können), dieser gegenwartskritische Zukunftsoptimismus erscheint in der Rückschau kennzeichnend für die 60er und frühen 70er Jahre. Radikale Gesellschaftskritik und grundsätzlicher Fortschrittsglauben gehörten zusammen. Heute dagegen dominiert das Gefühl der Bedrohung durch allzu raschen, sich verselbständigenden und gefährlich beschleunigenden Wandel, den man nicht nur steuern, sondern dem man auch gegensteuern möchte: durch Bremsungen, wenn es geht, oder doch durch Stärkung der heimatlichen, der regionalen oder der nationalen, jedenfalls der traditional begründeten Identität. „Herkunftstreue läßt uns in bezug auf die Folgelasten von Modernisierungsprozessen besser standhalten“ (Lübbe).

Was diesem Stimmungsumschlag letztlich zugrunde liegt, ist genau noch nicht zu erkennen. Darum drehen sich die vielfältigen Debatten über Modernisierungskrise und Postmoderne, über Fortschrittsbegriff und Fortschrittsschwäche, über Aufklärung, ihre Grenzen oder ihre (noch nicht eingelösten) Versprechen. Sicherlich reflektiert jener Stimmungsschwung enttäuschte, weil seinerzeit zu hoch gesteckte Erwartungen. Die Lenkbarkeit geschichtlicher Prozesse ist begrenzt, als in der Zeit der Reformen geglaubt. Die Intentionen und die Folgen von Handlungen sind in der Regel nicht kongruent (deshalb kann man ja Struktur- und Prozeßgeschichte nicht in Handlungs- und Erfahrungsgeschichte auflösen). Sicher haben die neuen oder neu ins Bewußtsein tretenden Krisen der 70er und frühen 80er Jahre ihre Spuren hinterlassen: das Ende des beschleunigten Wachstums der nach dem Krieg in Gang kommenden Rekonstruktionsperiode; die zähe, nicht zu bewältigende Arbeitslosigkeit; die tiefreichende ökologische Krise; die mörderische Gefahr der zwischenstaatlichen Spannungen unter den Bedingungen der modernen Technik, eine Gefahr, die sich heute weniger leicht verdrängen läßt als im Jahrzehnt der „Entspannung“, aber auch weniger leicht der spezifischen Politik einer Seite zurechnen läßt als im „Kalten Krieg“.

Aber diese fortschritts- und zivilisationskritische Grundstimmung muß auch spezifischere Ursachen haben. Denn in den USA ist sie kaum verbreitet, und auch westlich des Rheines teilt man sie kaum; sie ist kein allgemeines Phänomen westlicher Industriegesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts, sondern deutscher, als es ihrem Selbstverständnis entspricht. Und nichts spricht derzeit für die Annahme, daß die traditionskritische und zukunfts zugewandte Wandlungsbereitschaft der 60er Jahre die schnell vorübergehende Ausnahmeerscheinung darstellte und die heute dominierende neokonservative, modernisierungskritische Suche nach Geborgenheit der sich langfristig durchsetzende Regelzustand sein wird.

Als Historiker wird man versuchen, solche Stimmungsumschwünge, die auch des Modischen nicht ganz entbehren, in ihren gesamtgesellschaftlichen Kontexten zu begreifen und in der Langzeitperspektive einzuordnen. Im übrigen wird man sich weder der neuen Aufwertung der Geschichte naiv erfreuen noch den daraus folgenden Erwartungen an die Geschichtsschreibung und ihren Beitrag zur kollektiven Identitätsbildung einfach öffnen können. Man wird sich der Grenzen empirischer Wissenschaft bei der Begründung von Normen und Sinn sehr bewußt sein müssen.

Und sicher ist auch, daß es Varianten individueller und kollektiver Identität gibt, die von konsequenter Wissenschaft nichts als Kritik und Zersetzung zu erwarten haben. Gibt es doch — etwa beim Kleinkind — Arten von Identitätsbildung, die nichts oder wenig mit Reflexion und selbstkritischer Kontrolle, dafür aber viel mit Gewöhnung und Manipulation zu tun haben. Dies ist notwendig und soll hier nicht kritisiert werden. Aber den Grundprinzipien von Wissenschaft, also auch von Geschichtswissenschaft, widerspricht es. Auch gibt es einen Wortsinn von „Identifikation“, der Integration in das Vorgegebene (im Unterschied zu Kritik und Konflikt), die Herstellung oder Annahme von entlastenden Selbstverständlichkeiten etwa durch Einübung oder Nachahmung, nicht aber die möglichst kontrollierte, auf Gründen fußende Annahme von dann nicht mehr Selbstverständlichem meint. Geschichte im Sinne von *vor-wissenschaftlicher* Traditionspflege kann in der Tat ein Vehikel *solcher* Identitätsherstellung sein — wie sich an der Funktion von Legenden und Mythen oder auch am Gebrauch von Denkmälern zeigen ließe. Doch den Prinzipien von *wissenschaftlicher* Geschichte, von Geschichtswissenschaft, widerspricht dieser Begriff von Identität diametral, und man sollte auch nicht einmal mit spitzen Fin-

gern sich darauf einlassen, Geschichtswissenschaft dafür in Anspruch zu nehmen. In der Tat kann man sich oft des Eindrucks nicht erwehren, das nunmehr wieder häufiger werdende Reden von der identitätsstiftenden oder -stärkenden Funktion der Geschichte hinge mit solchen anti-kritischen Tendenzen zusammen. Zum Geschäft einer Wissenschaft gehört aber prinzipiell die Infragestellung von Selbstverständlichkeiten und damit die Kritik von Traditionen. Deshalb dürfte die Geschichtswissenschaft, wenn sie sich ernst nimmt, eher zur Lockerung von Identitäten — und damit hoffentlich zur Erweiterung von Freiheitsspielräumen — beitragen als zur Stiftung von Identität.

Der Ort des Nationalsozialismus

Die Suche nach zustimmungsfähiger Vergangenheit und identitätsfördernden Geschichtsbildern treibt gegenwärtig viele merkwürdige Blüten. Da gibt es den Versuch, die Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Verbrechen zwar nicht zu leugnen, aber doch zu relativieren und neu einzuordnen. Nicht jeder Schritt, der in solche Richtung geht, ist zu verwerfen. So ist im Zeichen von Alltagsgeschichte und „Oral History“ in den letzten Jahren viel Mühe darauf verwandt worden, den Nationalsozialismus nicht nur aus seinen teilweise weit zurückreichenden sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen zu erklären, sondern auch die Ängste und Hoffnungen, die Erfahrungen und Erwartungen der kleinen und größeren Nazis hermeneutisch zu rekonstruieren. Solange solches Verstehen das Erklären nicht ersetzt und das entschiedene Urteil nicht verhindert, entspricht es nicht nur den Zielen geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis, sondern wohl auch der praktischen Vernunft: Es ist wichtig zu begreifen, daß man vielleicht auch nicht klüger, mutiger, besser gehandelt hätte als Eltern und Großeltern. — Mit wachsendem zeitlichen Abstand gewinnen überdies andere Fragen an die Geschichte an Gewicht, andere Kontinuitäten (etwa die des Sozialstaats und seiner Probleme) werden interessant, die historische Neugier geht neue Wege, auch in weiter zurückliegende Epochen. Die Neigung nimmt ab, deutsche Geschichte *vor allem* unter dem Gesichtspunkt zu thematisieren, daß sie anders als die Geschichte vergleichbarer westlicher Gesellschaften in einen totalitären Faschismus vernichtender Qualität führte. Natürlich bleibt dies ganz wichtig, aber nicht nur manche Jüngeren finden (zum Beispiel) die lange Geschichte zunehmender Naturbeherrschung und -vernichtung unter zivilisationskritischem Aspekt mindestens

ebenso wichtig. Das ist legitim. Unsere Vergangenheit ist vielfältig und lang, die Fragen an sie sind vielfältig und variabel. Also ändert sich „unsere Geschichte“, und es koexistieren verschiedene Perspektiven. — Auch wird man den Nationalsozialismus und die halbherzige Auseinandersetzung mit ihm nach 1945 aus dem Abstand von 40 bis 50 Jahren anders sehen als in der Nachkriegszeit.

Aber wenn Hermann Lübbe die Verdrängung jener Vergangenheit und den Verzicht auf grundsätzliche Auseinandersetzung um die Verantwortung für sie nach 1945 als Bedingungen einer Veröhnung lobt, die die Bundesrepublik zu ihrem Überleben und ihrer Stabilität brauchte, dann muß man nicht den wahren Kern dieser These leugnen, um doch dagegenzuhalten, daß diese Verdrängungsstrategie gleichzeitig tiefgreifende politisch-moralische „Kosten“ hatte und mit ihr neue Glaubwürdigkeitsdefizite eingehandelt wurden, ohne die die Schärfe der Protestbewegungen der späten 60er/frühen 70er Jahre nicht verstanden werden kann und die dieses Gemeinwesen bis heute belasten. Man sollte — anders als Lübbe — die nüchterne Einsicht in die teilweise heilenden Folgen jener Verdrängung mit der Empörung über die Ungerechtigkeit verbinden können, die jener Verzicht auf Abrechnung mit den Verbrechen für deren Opfer bedeutet hat —, und zwar nicht nur aus moralischen Gründen, die ja auch im historisierenden Diskurs des Philosophen nicht ganz fehlen müssen, sondern auch im Interesse einer dann zwar kurzfristig weniger leicht „zustimmungsfähigen“, aber letztlich wahrscheinlich tragfähigeren Geschichtssicht.

Die Relativierung der nationalsozialistischen Periode hat Ernst Nolte in seinem kontrovers diskutierten Aufsatz „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (FAZ vom 6. 6. 86) ein ganzes Stück weiter getrieben. Zwei Argumentationsstränge sollte man in seinem Beitrag auseinanderhalten:

a) *Zum einen* will er „die sogenannte Vernichtung der Juden während des Dritten Reiches“ ihrer scheinbaren Einzigartigkeit entkleiden: andere Völkermorde seien ihr vorausgegangen (türkische Armenierverfolgung, stalinistischer Massenterror) und gefolgt (Pol Pot z. B.). Gegen historische Vergleiche ist nun nichts einzuwenden, ganz im Gegenteil. Sie sind auch nicht neu. Mit dem Begriff des Totalitarismus hat man unleugbare Ähnlichkeiten zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus herausgearbeitet, so ihre gemeinsame Feindschaft gegenüber dem liberal-demokratischen Verfassungsstaat, die Unterdrückungsformen und eben auch die Massenvernichtungen. Dies anzuerkennen bedeutet

keine Verharmlosung der „deutschen Katastrophe“, bedeutet auch keine Diskreditierung des Faschismusbegriffs, der die ebenfalls unleugbaren tiefen Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus herauszuarbeiten erlaubt: wichtige Unterschiede der Ideologie und der jeweiligen Zukunftsvorstellungen, der sozialen Ursachen und Folgen, des Ortes und Stellenwertes im historischen Entwicklungsprozeß. Auch auf die gesamteuropäische Dimension der nationalsozialistischen Judenvernichtung im Unterschied zur innersowjetischen Dimension der stalinistischen Kulakenvernichtung hat man zu Recht verwiesen. Und es bleibt ein qualitativer Unterschied zwischen der bürokratisierten, leidenschaftslosen, perfekten Systematik des Massenmords im durchindustrialisierten, vergleichsweise hochorganisierten Reich Hitlers und der brutalen Mischung von Bürgerkriegsexzessen, Massen-„Liquidierungen“, Sklavenarbeit und Verhungernlassen im rückständigen Reich Stalins.

Wie gesagt, für Vergleiche, die immer nach Ähnlichkeiten und Unterschieden fragen müssen, wird man auch bei diesem Thema als Historiker eintreten, so sehr sich das Gefühl, der Takt, der Respekt vor den Millionen Toten gegen das „Aufrechnen“ von Ungeheuerlichkeiten sträuben mögen. Aber zugleich empfiehlt sich der Vergleich mit Gesellschaften der westlichen Welt, mit denen wir uns sonst traditionell gern vergleichen, die uns nach Entwicklungsstand, Gesellschaftsstruktur und politischen Ansprüchen verwandter, ähnlicher sind und die nicht faschistisch bzw. totalitär pervertierten. Die sich in diesem Vergleichfeld ergebende Singularität der deutschen Entwicklung sollte durch Vergleich mit Stalin und Pol Pot nicht verdrängt werden; sie bleibt wichtig, bedrohend und beschämend.

Warum sprechen Nolte und Joachim Fest, der ihn gegen die Kritik von Habermas erstaunlich radikal verteidigt (FAZ, 29. 8. 86), davon so wenig? Was sind die Absichten und die Funktionen dieser Selektion? Zweifellos ist es bei der Suche nach Ursachen, Charakter und Folgen des deutschen Nationalsozialismus ertragreicher, angemessener und gerechter, Weimar-Deutschland und Hitler-Deutschland mit dem zeitgenössischen Frankreich oder England zu vergleichen als mit dem Kambodscha Pol Pots oder mit Idi Amins Uganda. Das hat nichts mit „Hochmut“ und „Herrenvolkgesinnung“ zu tun, wie Fest unterstellt, sondern mit dem zivilisationsgeschichtlichen Wissen über den Zusammenhang von ökonomischem Entwicklungsstand und Möglichkeiten gesellschaftlich-politischer Organisation wie auch mit dem Ernstnehmen unserer europäischen Tradition,

aus der Aufklärung, Menschenrechte und Verfassungsstaat nicht weggedacht werden können. Wie könnte man es rechtfertigen, die nationalsozialistische Vernichtungspolitik nicht auf diesem Hintergrund einmal erreichter, nunmehr tief verletzter Ansprüche einzuordnen? In Grundentscheidungen historischer Argumentation verknüpfen sich eben immer Wissenschaft, Moral und Politik. Das erklärt die Schärfe mancher Kontroversen und warnt zugleich vor ihrer Verschärfung.

b) *Zum andern* enthält Noltés Artikel Andeutungen und Aussagen zu Bedingungen und Ursachen des nationalsozialistischen Völkermords. Es sind vor allem diese Andeutungen und Aussagen, die zu unterschiedener Kritik herausfordern. Nolte hat in seinem bahnbrechenden Werk über den europäischen Faschismus den Anti-Marxismus als gemeinsamen Nenner und zentrales Merkmal faschistischer Strömungen der Zwischenkriegszeit analysiert — mit guten Gründen. Man kann auch nicht bezweifeln, daß antisozialistische Einstellungen wie auch Ängste vor Kommunismus und Bolschewismus vor allem in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten der 20er und 30er Jahre die Aufnahmebereitschaft für nationalsozialistische Angebote und Verführungen verstärkten, wie sie sicher auch, neben anderem, zu den Motiven von Nationalsozialisten gehörten. Aber über diese plausiblen bzw. gesicherten Positionen geht Nolte nunmehr weit hinaus.

Er legt nahe, die „asiatische“ Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten als doch nicht ganz unverständliche Reaktion auf vorgängige Vernichtungsdrohungen zu verstehen, als deren potentielle oder wirkliche Opfer sich Hitler und die Nationalsozialisten angeblich nicht ganz zu Unrecht sahen. „War nicht der ‚Archipel Gulag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?“ Und an anderer Stelle verweist er auf die vorgängige „Kriegserklärung“, die seitens des jüdischen Weltkongresses 1939 gegen Deutschland abgegeben worden sei. Diese Bemerkungen Noltés, die Fest verteidigt, haben nun nichts mehr mit nüchterner historischer Motivations- und Kausalanalyse zu tun. Die wirklichen Ursachen des Antisemitismus in Deutschland sind weder in Rußland noch beim jüdischen Weltkongreß zu finden. Und wie kann man im Lichte der Tatsachen die nationalsozialistische Judenvernichtung als ein auch nur irgendwie konsequentes, wenn auch antizipierendes Abwehrmittel gegen drohende Vernichtung aus der Sowjetunion deuten, mit der man bis 1941 paktiert und die man dann angreift;

Hier würde die nüchterne geschichtswissenschaftliche Frage nach realhistorischen Zusammenhängen, nach Ursachen und Folgen, nach wirklichen Motiven und deren Bedingungen ausreichen, um sich und die Leser vor abstrus-spekulativen Deutungen zu schützen. Nolte unterläßt solche Fragen. Wenn „zustimmungsfähige“ Vergangenheit nur durch intellektuelle Bocksprünge dieser Art zu gewinnen ist, dann sollten wir darauf verzichten.

Geschichten statt Geschichte

Mit solchen Revisionen unseres nationalen Geschichtsbilds haben die „Alltagshistoriker“ in den „Geschichtswerkstätten“ in der Regel nichts zu tun, so vielfältig die Strömungen auch sind, die in der „neuen Geschichtsbewegung“ (so die Sprache der Medien) sich finden. Politisch, moralisch und intellektuell ist die Arbeit dieser wenig professionellen, institutionell kaum abgestützten Lokalhistoriker meist anders zu verorten: eher kritisch gegenüber der nationalgeschichtlichen Tradition, eher links in vielen Beziehungen. Trotzdem, auch sie betreiben Geschichte häufig zu identifikatorischen Zwecken. Grab, wo du stehst (wozu? — um die eigenen Wurzeln zu finden). Rekonstruktion der Betroffenheits-erfahrungen und Lebensweisen der kleinen Leute im eigenen Raum, auch um sich selbst in der Geschichte „wiederzufinden“. Lebensweltbezogene Mikrogeschichte als Mittel zur Fundierung und Absicherung der Identität im kleinen, überschaubaren Raum des Stadtteiles, der jeweiligen Bewegung, vielleicht auch der Landschaft.

Dies soll hier nicht grundsätzlich angegriffen werden, wie hier überhaupt nicht der Ort ist, die unbestreitbaren Vorzüge und Leistungen der Alltagsgeschichte und der Geschichtswerkstätten gegenüber ihren unübersehbaren Defiziten, Illusionen und Einseitigkeiten umfassend abzuwägen. Hier sei nur auf einen Preis hingewiesen, der für diese Form von Mikrogeschichte meistens zu zahlen ist: der Verzicht auf die Erkenntnis der Zusammenhänge, die Ignorierung der „großen Fragen“ nach Staats- und Klassenbildung, nach Religionen und Kirchen, nach Industrialisierung und Kapitalismus, nach Nation und Revolution, nach den grundsätzlichen Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus, nach den deutschen Besonderheiten im internationalen Vergleich. Solche Fragen lassen sich nämlich über Betroffenheitsgeschichte und Oral History nicht recht erschließen. Zu ihrer Beantwortung braucht man komplizierte Begriffe und breite Lektüre, Theorien und sehr langen Atem — eben das, was am ehesten die professionelle Geschichtswissenschaft

bieten kann, die sich dazu der Freiräume und Mittel der Hochschulen bedienen, auf langwierige Ausbildungsprozesse zurückgreifen und die Vorteile der Arbeitsteilung ausnutzen kann. Einen direkten, schnellen, unprofessionellen Weg zur Erkenntnis der langzeitlichen Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik gibt es leider nicht.

Aber es müßte auch aus der Perspektive der Alltagshistoriker dringend sein, diese mit ihren Methoden nicht zu erwerbende Zusammenhangserkenntnis nicht zu ignorieren. Denn einerseits sind die sich wandelnden Strukturen und Erfahrungen noch im kleinsten Raum in hohem Maße Ergebnis jener größeren Zusammenhänge und Prozesse, also ohne Rekurs auf diese nicht zu begreifen. Andererseits spielt sich ein großer Teil unserer Politik und damit der Weichenstellungen, die die einzelnen Personen und die kleinsten Gruppen betreffen, notwendig im überlokalen, überregionalen Raum ab. Ein Verzicht auf die „großen Fragen“ der Geschichte bedeutet leicht: Verlust der Politikfähigkeit (so Richard Löwenthal). Schließlich ist zwar nichts gegen die Existenz mehrerer, auch nicht-kompatibler „Geschichtsbilder“ zu sagen. Aber im Interesse an ihrer Geltung oder Wahrheit und im Interesse am immer neu zu erarbeitenden Konsens in wichtigen Fragen, der in der Tat zu einer demokratisch-liberalen politischen Kultur gehört, sollten sie sich nicht gegenseitig ignorieren. Durch Ablendung der „großen Fragen“ leisten die Alltagshistoriker dem Vorschub. Sie puzzeln vor sich hin. Eine Infragestellung anderer Geschichtsbilder bedeuten sie deshalb ebensowenig, wie sie sich durch diese selbst in Frage stellen lassen. Eine Partialisierung des Geschichtsverständnisses (nicht aber ein Verlust an historischem Interesse) ist zu konstatieren. Kleinräumige Identifikation durch Ablendung der Zusammenhänge — dies ist intellektuell nicht befriedigend und politisch letztlich problematisch.

Mittellage

Schließlich soll auf einen dritten — nationalgeschichtlichen — Versuch eingegangen werden, die Frage der Identität zu beantworten. Er ist politisch ambivalent, intellektuell anregend, aber letztlich unbefriedigend. Ich meine die zeitgemäß modifizierte Wiederaufnahme der alten These vom deutschen Sonderweg in der Mitte Europas.

„Daß das Maß von Freiheit, das in einem Staate vernünftigerweise stattfinden kann, umgekehrt proportional dem militärisch-politischen Druck sei, der auf seine Grenzen vom Ausland her ausgeübt wird“, diese Überzeugung des Engländers J. R. See-

„... der bisherige Höhepunkt
der jungen Oral History hierzulande“

(Jürgen Kocka in „DIE ZEIT“)

Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960

„Das zugrundeliegende Forschungsprojekt... umfaßt als Untersuchungszeitraum die Jahre zwischen 1930 und 1960 und ist zugleich, da sich die Wissenschaftler der hierzulande

beit im Haus und im Beruf. Die interviewten Frauen und Männer gehören den Jahrgängen 1900 bis 1930 an und kommen aus Familien, die von der Arbeit in der Montanindustrie leben... Durch das ausführliche Dokumentationsverfahren behalten die Geschichten ihren Charme und ihre Würde. Und jede von ihnen für sich einen individuellen Sinn... Zusammengekommen ergeben sie ein kräftiges Panorama des Ruhrgebiets und seiner Bevölkerung.“

Westdeutscher Rundfunk



in denen ebenfalls auf der Basis von Interviews Aspekte der Veränderung von Arbeiterkultur und Volkserfahrung zwischen den 20er und 50er Jahren untersucht werden.



noch jungen ‚oral history‘ bedienen, methodisch ein Pilotprojekt. Mit einem bisher ungewöhnlichen Aufwand hat das Team etwa 200 lebensgeschichtliche Interviews ausgewertet. ‚Lebensgeschichtlich‘ heißt, daß nicht die politische Sozialisation im Vordergrund des Interesses steht, sondern die gesamten vorpolitischen Lebensumstände und Lebensweisen der Befragten, von Kindesbeinen bis zur Rente, vom Elternhaus über die Nachbarschaft, den Freundeskreis und die Vereine bis zur Ar-



Der dritte Band vertieft einerseits die Erfahrungszusammenhänge aus dem Ruhrgebietsprojekt. Andererseits versammelt er Beiträge aus der Bundesrepublik, Österreich und Italien,

Band 1 · Lutz Niethammer (Hg.)
„Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll“
Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet
328 Seiten. 29,80 DM

Band 2 · Lutz Niethammer (Hg.)
„Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“
Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet
360 Seiten. 29,80 DM

Band 3 · Lutz Niethammer/
Alexander von Plato (Hg.)
„Wir kriegen jetzt andere Zeiten“
Auf der Suche nach den Erfahrungen des Volkes in nachfaschistischen Ländern
464 Seiten. 48,- DM



Verlag J.H.W. Dietz Nachf. · Bonn

ley teilten bis 1918 viele deutsche Historiker. Sie begründeten und rechtfertigten damit, daß Deutschland in seiner außenpolitisch exponierten Mittellage — und mit seinen spezifischen Traditionen — sich kaum Parlamentarisierung leisten könne, sondern militärisch-bürokratisch geprägter Obrigkeitsstaat bleiben, also insofern (im Vergleich zu Westeuropa) einen „Sonderweg“ gehen müsse. Kluge Historiker wie Otto Hintze gaben diese Sichtweise nach 1918 auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand sie kaum noch Verteidiger. Erst Ende der 70er Jahre wurde sie in einer kritischen Variante wieder aufgenommen, und zwar von dem Amerikaner D. P. Calleo, der die historischen Schwierigkeiten und seines Erachtens weiter bestehenden Unberechenbarkeiten der Deutschen nicht sehr überzeugend aus ihrer geographischen Mittellage zu erklären versuchte. Dann bedienten sich Michael Stürmer und Hagen Schulze in ihren bei Siedler veröffentlichten, gewichtigen Büchern über „Das ruhelose Reich. Deutschland 1866—1918“ und „Weimar“ der neuen geohistorischen Hypothese, und seitdem macht diese Sicht eine gewisse Karriere, bis hinein in die früheren Reden des gegenwärtigen Bundespräsidenten v. Weizsäcker. Die Sicht paßt eigentlich gut zum Wunsch nach Äqui-Distanz gegenüber Osten und Westen (einen Wunsch, der von Stürmer, Schulze und v. Weizsäcker allerdings nicht vertreten, sondern abgelehnt wird). Diese Sicht ließe sich gut zur Begründung neuer deutscher Sonderwege benutzen, wer weiß, auf welchen Gebieten. Darin steckt ihre politische Brisanz.

„Die große Konstante der deutschen Geschichte ist die Mittellage in Europa; Deutschlands Schicksal ist die Geographie“ (H. Schulze). Dahinter steckt die Überzeugung, daß das europäische Gleichgewicht eine schwache Mitte voraussetzte und insofern die staatsrechtliche Vielgliedrigkeit des Alten Reiches und des Deutschen Bundes im Grunde die angemessenere Lösung gewesen sei. Die Gründung des Deutschen Reiches im „Herzen Europas“ habe dann 1871 eine tiefgreifende Gleichgewichtsstörung bedeutet. Diese sei nur vorübergehend den europäischen Mächten durch die maßvolle Außenpolitik Bismarcks akzeptabel gemacht worden, die aber nur gelingen konnte, solange sie mit einer, die innere Dynamik des Kaiserreichs in Schranken haltenden obrigkeitsstaatlichen Verfassungs- und Repressionspolitik verbunden war. „Deutschland wird von seinen Nachbarn so lange und gerade eben noch ertragen, wie der Deckel fest auf seinem brodelnden Innern sitzt. Aus diesem Grund wird der Weltkrieg früher oder später unver-

meidlich, als Bismarcks Nachfolger dessen Politik der strikten Beschränkung... aufgeben und die Macht der alten preußischen Oberschicht... zunehmend unterhöhlt wird. Das Aufkommen organisierter Verbandsinteressen, nationalistischer und imperialistischer Massenorganisationen, der allmähliche Parlamentarisierungsprozeß und der schlechende Machtverlust des preußischen Staatsministeriums... — alles das hängt miteinander zusammen und zerstört unaufhaltsam die Begrenzungen, die das europäische System der Existenz des deutschen Nationalstaats setzt. Der Konflikt ist unter diesen Umständen so absehbar wie die deutsche Niederlage, und wahrscheinlich ist auch die anschließende Auflösung des Deutschen Reichs.“

Es ist klar, daß sich diese Sichtweise gegen die lange vorherrschende liberale Interpretation des Kaiserreichs wendet, wie sie u. a. von Hans Rosenberg, Ernst Fraenkel, Fritz Fischer, Gerhard A. Ritter, Hans-Ulrich Wehler, Hans-Jürgen Puhle, Heinrich August Winkler, Wolfgang Mommsen, Gordon Craig und früher auch von Karl-Dietrich Bracher vertreten wurde — in jeweils anderen Varianten. Während aus dieser liberalen Sicht die obrigkeitsstaatlich-vorparlamentarische Struktur des Kaiserreichs als konfliktverschärfende Belastung und langfristig wirkendes Hindernis liberaler Demokratisierung in Deutschland begriffen wurde, erscheint der vorparlamentarisch-obrigkeitsstaatliche Charakter des Reichs bei Stürmer und Schulze als berechnete Konsequenz der geographischen Mittellage und als Garant des Friedens, der nur leider auf Dauer den Kräften der Bewegung nicht gewachsen war. Während die verhinderte Parlamentarisierung und die fortdauernde Dominanz traditionaler Eliten aus Adel, Militär und Bürokratie zumeist als Strukturdefizite des Kaiserreichs angesehen wurden, hätten nach Stürmer und Schulze eine frühere Parlamentarisierung und gründlichere Demokratisierung die Politik des Reiches nur noch maßloser gemacht; ihrer Meinung nach litt das Reich eher unter einem *Zuviel* an Demokratisierung, Mobilisierung und Dynamik, weniger an seiner obrigkeitsstaatlichen Starre. Eine besondere Gefahr stellte dieses Reich nicht deswegen dar, weil es etwa expansiver und aggressiver war als seine westlichen Nachbarn, sondern weil die an sich „normale“ Expansivität dieses Reiches nicht mit seiner geographischen Lage vereinbar war.

Aber diese Sichtweise kann nicht überzeugen. Mit ihr kann man nicht erklären, warum und mit welcher Notwendigkeit dieses Reich in der Mitte seine innere Dynamik entwickelte und schließlich

nach außen lenkte. Und sie übersieht, daß es gerade die obrigkeitsstaatlich-vorparlamentarische Unbeweglichkeit der Reichsverfassung war, die die auf Partizipation dringenden sozialen und politischen Kräfte ins Abseits drängte und so irrational-destruktive Strömungen hervorbringen half, die dann destabilisierend wirkten, nach innen und außen.

Grundsätzlicher noch: Die Geographie als solche erklärt wenig. Auch die Schweiz und Polen liegen „in der Mitte“, und doch haben sie eine ganz andere Geschichte. Mit der geographischen Lage Deutschlands sind im Laufe der Jahrhunderte ganz unterschiedliche Verfassungsstrukturen und Bündnisstellungen vereinbar gewesen. Die Definition der Mitte ist selbst ein historisches Phänomen und ändert sich mit der Zeit. Auf dem Wiener Kongreß z. B. war das geschlagene und als gefährlich erachtete Frankreich der Staat in der Mitte zwischen England einerseits, dem entstehenden Deutschen Bund und dem Zarenreich andererseits. Die Geographie ist weder Schicksal noch erklärt sie viel. Auch so läßt sich die Frage nach der deutschen Identität nicht beantworten, wenn es sich auch gut macht, bedeutungsschwer von der Lage im Herzen Europas und der damit verbundenen schicksalhaften Erbschaft zu munkeln.

Kritik als Identität

Weder durch relativierende Einebnung der nationalsozialistischen Periode und anderer dunkler Punkte unserer Vergangenheit noch durch die liebevolle Zeichnung alltagshistorischer Miniaturen noch durch einen neuen kurzschlüssigen Geographismus sollten die Historiker auf die Zumutung reagieren, Identität zu stiften. Ihre Aufgabe ist die Beschreibung, Erklärung und Darstellung vergangener Wirklichkeit mit wissenschaftlichen Mitteln unter den sich wandelnden und nie einheitlichen, zukunftsorientierten Problemstellungen der Gegenwart. Indem sie die Gegenwart in ein möglichst aufgeklärtes — und das heißt, zutreffendes, umfassendes, gemeinsames und kritisches — Verhältnis zu ihrer Vergangenheit zu setzen helfen, erfüllen sie wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse und tragen in einem grundsätzlichen und vermittelten Sinn zur Identitätsfindung bei, vorausgesetzt, man benutzt einen Begriff von Identität, der Selbst-Distanzierung und Reflexion ebenso einschließt wie ständigen Wandel und immer erneute Kritik. Wenn Identitätsbildung so etwas heißt wie: reflektiertes Abwägen, Wahl und Distanz implizierendes, ständig Veränderungen sich anverwandlendes, dadurch sich selbst veränderndes und dennoch konsistentes Eins-sein-

mit-sich-selbst, gleich weit entfernt von der Unfähigkeit zu Kritik wie von der Unfähigkeit zur Bindung, deutlich unterschieden von eindimensionaler Anpassung an jeden Wandel wie von starren Verdrängungen nicht verarbeitbarer Veränderungen, deutlich abgegrenzt von der Umwelt und zugleich vielfach auf sie bezogen — dann könnten die aufklärenden, Erkenntnis und Handlungsfähigkeit fördernden Funktionen der Geschichtswissenschaft (dazu ausführlicher in meiner Schrift „Sozialgeschichte“, Göttingen 1986², S. 123—128), auch als Beiträge zur Identitätsfindung von Individuen, Gruppen und ganzen Gesellschaften gedeutet werden. Durch diese Deutung gewinnt man nicht viel, aber sprachpragmatisch mag sie sich empfehlen. Sie kann es erleichtern, den wirklichen Nutzen der Historie zeitgenössisch-verständlich darzustellen, nämlich ihren Beitrag dazu, die jeweilige Gegenwart in ein Verhältnis zu ihrer Vergangenheit zu setzen, das den Grundprinzipien von Pluralismus, Veränderbarkeit und Vernunft — und damit letztlich auch den Prinzipien unserer Verfassung — entspricht.